

Inhalt

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
A. Beleuchtung der Problemstellung und Ziel der Untersuchung	2
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	3
C. Aufbau der Arbeit	4
§ 1 Grundlagen des digitalen Nachlasses	7
A. Begriff des digitalen Nachlasses	7
B. Erbrechtlicher Übergang des digitalen Nachlasses gemäß § 1922 Abs. 1 BGB	8
I. Lokal gespeicherte Daten	9
II. Accountgestützte Nutzungsverhältnisse	9
1. Übergang des Vertragsverhältnisses auf die Erben	10
2. Zugangsanspruch der Erben	11
§ 2 Postmortale Nutzung des Accounts und der darin befindlichen digitalen Inhalte einer verstorbenen Person	15
A. Bisheriger Meinungsstand	15
I. Interessenlage der Erben hinsichtlich einer postmortalen Accountfortführung	16
1. Keine Vorteile durch posthume Weiternutzung eines bestehenden Accounts	16
2. Nachvollziehbares Interesse der Erben an einer Fortführung der Accounts des Erblassers	16
a) Übergang der Follower eines bestehenden Social-Media-Accounts	17
b) Übergang von abgegebenen Verkäuferbewertungen für einen geschäftlichen Account	19
c) Weiterführung von Online-Spielen	19

d) Zeitgeschichtliches Interesse an Accounts prominenter Personen	20
e) Zwischenergebnis zum Interesse der Erben an postmortaler Accountfortführung	21
3. Irrelevanz der Interessenlage für die rechtliche Bewertung	21
II. Parallelwertung zur Vererblichkeit eines Girovertrags	22
1. Rechtslage beim Girovertrag	22
2. Übertragung der Rechtslage auf accountgestützte Nutzungsverhältnisse	23
3. Stellungnahme zur Übertragbarkeit	24
a) Dienste höherer Art als Vertragsgegenstand	25
b) Kriterium des Vermögenswerts	27
aa) Vermögenswert eines digitalen Accounts	27
bb) Vermögenswert bestehender Accountinhalte	28
cc) Zwischenergebnis zum Kriterium des Vermögenswertes bei Nutzungsverhältnissen	29
c) Betrachtung der Rechtsfolge postmortaler Kontenfortführung	30
aa) Rechtsfolge der postmortalen Weiternutzung eines Girokontos	30
bb) Übertragung der Rechtsfolge auf digitale Accounts	31
d) Zwischenergebnis zur Vergleichsbetrachtung von Giro- und Plattformvertrag	32
B. Entwicklung eines eigenen Alternativansatzes	33
I. Übergang des Nutzungsanspruchs nach dem Grundsatz der Universalsukzession	33
1. Herleitung des vertraglichen Nutzungsanspruchs	33
2. Grundsätzliche Vererblichkeit des Nutzungsanspruchs	35
II. Verwertungsbefugnis der Erben an bestehenden Accountinhalten	36
1. Social-Media-Profil als Bestandteil der Persönlichkeit	37
a) Grundlagen des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	37
b) Zivilrechtlicher Schutz digitaler Persönlichkeitskomponenten	39
aa) Digitales Persönlichkeitsrecht im verfassungsrechtlichen Kontext	40
bb) Verlagerung der Persönlichkeitsentfaltung in den digitalen Raum	42
cc) Systematik des zivilrechtlichen Schutzes digitaler Persönlichkeitskomponenten	44
(1) Einordnung in etablierte Fallgruppen der besonderen Persönlichkeitsrechte	45
(2) Schutz der digitalen Identität als besonderes Persönlichkeitsrecht	45

(3) Digitale Persönlichkeit als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes	46
2. Grundsätze der Vererblichkeit des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	48
a) Ideelle Bestandteile der Persönlichkeit	49
b) Vermögenswerte Bestandteile der Persönlichkeit	50
c) Abgrenzung zwischen vermögenswerten und ideellen Persönlichkeitsbestandteilen	52
aa) Rechtliche Voraussetzungen der Kommerzialisierbarkeit	53
(1) Fixierbarkeit der Persönlichkeitsbestandteile	54
(2) Identifizierbarkeit des Rechtsträgers	55
bb) Wirtschaftliche Voraussetzungen der Kommerzialisierbarkeit	56
(1) Objektive Vermarktungsfähigkeit	57
(2) Marktlösung	59
(3) Diskussion	61
cc) Zwischenergebnis zu den Voraussetzungen vermögenswerten Persönlichkeitsbestandteile	64
3. Rückschlüsse auf die postmortale Verwertungsbefugnis der Erben an digitalen Persönlichkeitsbestandteilen des Erblassers	65
a) Rechtliche Voraussetzungen der Kommerzialisierbarkeit	65
aa) Fixierbarkeit digitaler Persönlichkeitsbestandteile	65
bb) Identifizierbarkeit des Rechtsträgers digitaler Persönlichkeitsmerkmale	67
cc) Zwischenergebnis zu den rechtlichen Voraussetzungen der Kommerzialisierbarkeit digitaler Persönlichkeitsbestandteile	69
b) Ökonomischer Wert digitaler Persönlichkeitsbestandteile	70
aa) Digitale Persönlichkeitsmerkmale von Prominenten und Influencern	70
bb) Digitale Persönlichkeitsmerkmale von Privatpersonen	72
cc) Offenheit der zukünftigen Entwicklung	73
III. Zwischenergebnis zu postmortalen Nutzungsbefugnissen der Erben am digitalen Nachlass	74
C. Kollisionsrechtliche Fragestellungen	74
I. Internationales Erbrecht	74
II. Anknüpfung an einzelne Bestandteile des digitalen Nachlasses	75
1. Vertragsverhältnis	75
2. Persönlichkeitsbestandteile	76
a) Deliktstatut	76
b) Personalstatut	77
c) Konsequenzen	79
D. Ergebnisse zu Kapitel § 2	80

§ 3 Ausschluss der postmortalen Fortführung eines Accounts und der Verwertung seiner Inhalte	83
<i>A. Höchstpersönlichkeit</i>	83
I. Grundlagen zum Kriterium der Höchstpersönlichkeit	84
1. Begriff der Höchstpersönlichkeit	84
2. Herleitung des Kriteriums der Höchstpersönlichkeit	87
a) Rechtsgedanke des § 399 Alt. 1 BGB	87
b) Rechtsgedanke des § 153 BGB a. E.	87
c) Rechtsgedanke des § 38 S. 1 BGB	88
d) Anwendung auf den digitalen Nachlass	88
3. Zwischenergebnis zur Begriffsbestimmung der Höchstpersönlichkeit	89
II. Kernfragen der bisherigen Diskussion um die Auswirkungen der Höchstpersönlichkeit auf den digitalen Nachlass	89
1. Diskussion zur Höchstpersönlichkeit digitaler Inhalte	89
2. Diskussion zur Höchstpersönlichkeit des Zugangsanspruchs	92
a) Keine Höchstpersönlichkeit der Verpflichtung des Providers zur Zugangsgewährung	93
aa) Rein kontobezogene Leistung	93
bb) Keine Auswirkungen einer etwaigen Identitätsprüfung auf die Höchstpersönlichkeit	94
b) Ausnahme besonderer Personenbezogenheit	95
c) Anwendung der Erkenntnisse auf den Nutzungsanspruch	96
III. Auswirkungen der Höchstpersönlichkeit auf die Vererblichkeit des vertraglichen Nutzungsanspruchs	97
1. Höchstpersönlichkeit des digitalen Benutzerkontos	97
a) Vergleichsbetrachtung zum Girokonto	98
b) Vergleichsbetrachtung zur Mitgliedschaft in einem Verein	99
c) Isolierte Betrachtung des Personenbezugs eines digitalen Benutzerkontos	102
aa) Rein technische Bedeutung eines Accounts	102
bb) Sonderfall „blauer Haken“?	103
d) Zwischenergebnis zur Höchstpersönlichkeit des digitalen Benutzerkontos	105
2. Höchstpersönlichkeit der vertraglichen Verpflichtung des Nutzers	106
a) Bestimmung des Inhalts der Vertragspflicht eines Plattformnutzers	106
aa) Durch personalisierte Werbung finanzierte Dienste	106
bb) Accountgestützte Nutzungsverträge ohne personalisierte Werbung	108

b)	Untersuchung der Höchstpersönlichkeit unterschiedlicher Arten der Leistungspflicht	109
aa)	Überlassung personenbezogener Daten und Einwilligung in die Verarbeitung zu Werbezwecken	109
(1)	Untersuchung des Personenbezugs der vertraglichen Leistungspflicht des Nutzers	110
(2)	Keine Unzumutbarkeit der Vertragsfortführung für den Provider	112
(a)	Drohende Vermengung der Datensätze	113
(b)	Angemessener Interessenausgleich durch eine Anzeigepflicht der Erben im Fall der Account-fortführung	114
bb)	Monetäre Zahlungspflicht des Nutzers	116
c)	Zwischenergebnis zur Höchstpersönlichkeit der Vertrags-pflicht eines Plattformnutzers	117
3.	Höchstpersönlichkeit des Nutzungsanspruchs des Erblassers	117
a)	Nutzungsanspruch als Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	118
b)	Unvererblichkeit des Nutzungsanspruchs nach dessen Natur und Zweck	119
aa)	Keine Genugtuungsfunktion des Nutzungsanspruchs	119
bb)	Zweck des Nutzungsanspruchs	120
(1)	Private Nutzung eines sozialen Netzwerks	121
(2)	Kommerzielle oder geschäftliche Nutzung eines sozialen Netzwerks	123
(a)	Kriterium des Identitätsmanagements bei Influencern	123
(b)	Kriterium des Identitätsmanagements bei Unter-nehmen	125
(c)	Kriterium des Beziehungsmanagements	126
(3)	Nutzung eines sozialen Netzwerks als prominente Person	126
c)	Zwischenergebnis zur Höchstpersönlichkeit des Nutzungs-anspruchs	127
IV.	Auswirkungen der Höchstpersönlichkeit auf die postmortale Verwertungsbefugnis digitaler Persönlichkeitsbestandteile	129
V.	Zwischenergebnis zum Kriterium der Höchstpersönlichkeit	129
B.	<i>Postmortales Persönlichkeitsrecht des Erblassers</i>	130
I.	Schutzbereich und Systematik des postmortalen Persönlichkeitsrechts	130
II.	Auswirkungen des postmortalen Persönlichkeitsrechts auf den Zugangsanspruch der Erben	132
1.	Kein Ausschluss der Vererblichkeit	134

2. Keine Verletzung der postmortalen Persönlichkeit durch Ausübung des Zugangsanspruchs	134
III. Auswirkungen des postmortalen Persönlichkeitsrechts auf die Fortführung eines digitalen Benutzerkontos und die Nutzung der darin befindlichen Inhalte nach dem Tod des Inhabers	137
1. Ausübung des vertraglichen Nutzungsanspruchs gegenüber dem Provider	137
a) Technische Fortführung eines bestehenden Accounts	138
aa) Anmaßung der digitalen Persönlichkeit des Erblassers	138
(1) Digitales Lebensbild	139
(2) Verzerrung des digitalen Lebensbildes	140
(a) Beispiele aus der Rechtsprechungspraxis	140
(b) Anwendung der Erkenntnisse auf die postmortale Fortführung des Accounts eines Verstorbenen	143
bb) Verhinderung einer postmortalen Persönlichkeitsverletzung durch Kenntlichmachung der Accountfortführung nach außen	144
b) Verbreitung herabwürdigender Inhalte über den Account des Erblassers	145
2. Postmortale Kommerzialisierung bestehender Accountinhalte	146
a) Anwendbarkeit des postmortalen Persönlichkeitsrechts im Rahmen der Kommerzialisierung von Persönlichkeitsbestandteilen	146
b) Beeinträchtigung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes durch Verwertungshandlungen der Erben	148
aa) „Ob“ der kommerziellen Verwertung	148
bb) „Wie“ der kommerziellen Verwertung	149
(1) Veröffentlichung intimer Persönlichkeitsdetails zum Zweck der Monetarisierung	150
(2) Diffamierende Kommerzialisierung digitaler Persönlichkeitsmerkmale	152
(a) Inhalt der wirtschaftlichen Verwertungs-handlungen	153
(b) Ausmaß der Kommerzialisierung	154
cc) Zwischenergebnis zur postmortalen Kommerzialisierung bestehender Accountinhalte	155
3. Sonstiger Umgang mit digitalen Accountinhalten des Erblassers	155
a) Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts durch Umgang der Erben mit Accountinhalten des Erblassers	155
b) Keine einschränkenden Auswirkungen auf die Vererblichkeit	156
IV. Zwischenergebnis zum postmortalen Persönlichkeitsrecht	156

V. Exkurs: Haftung der Erben für persönlichkeitsverletzende Inhalte im Account des Verstorbenen	157
1. Anspruchsgrundlagen bei der Verbreitung persönlichkeitsverletzender digitaler Inhalte	157
2. Haftung der Erben	158
a) Anspruchsgegner der deliktischen Schadensersatzpflicht	158
b) Anspruchsgegner des quasinegatorischen Unterlassungsanspruchs	159
c) Zu-eigen-Machen digitaler Accountinhalte durch Erben	159
C. Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Kommunikationspartner	161
I. Ausschluss der Vererblichkeit	161
1. Mittelbare Drittewirkung des Persönlichkeitsrechts	161
2. Diskretionsschutz nach dem Wesen des Vertrags	162
II. Löschungsanspruch der Kommunikationspartner des Verstorbenen	163
1. Eingriff in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der Kommunikationspartner	164
2. Rechtswidrigkeit des Eingriffs	166
a) Auswirkungen des konkreten Inhalts der geführten Korrespondenz	166
b) Einwilligung des Rechtsträgers	166
aa) Grundlagen zur Ermittlung des Umfangs einer Einwilligung	167
bb) Auslegung der Einwilligung der Kommunikationspartner des Erblassers	168
(1) Beschränkung der Einwilligung auf die Person des Erblassers	168
(a) Vorliegen konkreter Anhaltspunkte für einen Geheimhaltungswillen	169
(b) Keine ausdrückliche Kenntlichmachung eines Geheimhaltungswillens	169
(aa) Inhalte mit Bezug zur Privatsphäre des Absenders	170
(bb) Inhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung	171
(c) Abschließende Würdigung unter Bezugnahme auf das Kriterium der Höchstpersönlichkeit	172
(2) Sachliche Beschränkung der Einwilligung	173
3. Konsequenzen für einzelne Erbrechtsobjekte im digitalen Nachlass	174
a) Vertraglicher Zugangsanspruch	174
b) Vertraglicher Nutzungsanspruch	174
c) Postmortale Verwertungsbefugnis an Bestandteilen der digitalen Persönlichkeit	175

<i>D. Ergebnisse zu Kapitel § 3</i>	176
<i>§ 4 Rechtsgeschäftliche und erbrechtliche Dispositionsmöglichkeiten</i>	179
<i>A. Individualvertragliche Vereinbarungen</i>	179
I. Anwendungsbereich individualvertraglicher Vereinbarungen	179
1. Individualvereinbarungen mit Plattformbetreibern	180
2. Individualvereinbarungen mit Dritten	181
II. Zulässigkeit individualvertraglicher Abreden	181
1. Dispositionen über schuldrechtliche Nutzungsverträge als digitale Nachlassobjekte	182
a) Ausschluss der Vererblichkeit eines Vertragsverhältnisses .	182
b) Zuordnung vertraglicher Ansprüche an einen Dritten nach dem Tod einer Vertragspartei	183
2. Dispositionen über vermögenswerte Persönlichkeitsbestandteile als digitale Nachlassobjekte	185
a) Ausschluss der Vererblichkeit der kommerziellen Bestandteile der digitalen Persönlichkeit	185
b) Gewährung von postmortal wirkenden Nutzungsrechten an digitalen Persönlichkeitsbestandteilen	187
aa) Individualvertragliche Einräumung von Nutzungsrechten zu Lebzeiten des Persönlichkeitsträgers	188
(1) Theoretische Grundlagen zur Stufenleiter der Gestattungen	189
(2) Anwendung der Stufenleiter der Gestattungen auf Dispositionen über das Persönlichkeitsrecht	190
(a) Gestattungen zur Verwertung von Persönlichkeitsbestandteilen mit rein schuldrechtlicher Wirkung	191
(aa) Einseitige Einwilligung	191
(bb) Gestattungsvertrag	192
(cc) Nachteile schuldrechtlicher Gestaltungen .	192
(b) Translative Gesamtrechtsübertragung	194
(aa) Dualistischer Ansatz	194
(bb) Monistischer Ansatz	195
(cc) Diskussion	197
(c) Konstitutive Übertragbarkeit des Persönlichkeitsrechts	198
(aa) Einordnung des Postulats der Unübertragbarkeit des Persönlichkeitsrechts	198
(bb) Zulässigkeit der Einräumung dinglicher Nutzungsrechte an der Persönlichkeit	199
(cc) Voraussetzungen einer konstitutiven Übertragung des Persönlichkeitsrechts	201

bb) Individualvertragliche Einräumung posthumer Nutzungs- befugnisse	202
(1) Postmortale Wirkung eines Gestattungsvertrags	203
(a) Grundsätzliche Vererblichkeit des Gestattungs- vertrags	203
(b) Ausschlussgründe	204
(aa) Vertragliche Vereinbarung	204
(bb) Höchstpersönlichkeit	204
(cc) Postmortales Persönlichkeitsrecht	205
(c) Zwischenergebnis zur postmortalen Wirkung des Gestattungsvertrags	206
(2) Postmortale Wirkung konstitutiver Persönlichkeits- rechtsübertragungen	206
(3) Zwischenergebnis zur Nutzungsrechteeinräumung mit posthumer Wirkung	207
 <i>B. Zusammentreffen rechtsgeschäftlicher und erbrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten</i>	208
I. Erbrechtliche Dispositionen über Bestandteile des digitalen Nachlasses	208
1. Ausschluss des Zugriffs der Erben auf Accounts des Erblassers und darin befindliche Inhalte	209
2. Zuwendung einzelner digitaler Erbrechtsobjekte an konkrete Personen	210
a) Accountgestützte Nutzungsverhältnisse als Nachlassobjekt .	210
b) Vermögenswerte Bestandteile der digitalen Persönlichkeit als Nachlassobjekt	211
II. Verhältnis rechtsgeschäftlicher und erbrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten	212
1. Gestaltungsmöglichkeiten zum Ausschluss der Vererblichkeit . .	214
a) Vermögenswerte Bestandteile der digitalen Persönlichkeit als Nachlassobjekt	214
b) Accountgestützte Nutzungsverhältnisse als Nachlassobjekt .	214
2. Gestaltungsmöglichkeiten zur Zuwendung einzelner digitaler Erbrechtsobjekte an konkrete Personen	215
a) Accountgestützte Nutzungsverhältnisse als Nachlassobjekt .	216
b) Vermögenswerte Bestandteile der digitalen Persönlichkeit als Nachlassobjekt	218
 <i>C. AGB der Plattformbetreiber</i>	219
I. Kategorisierung relevanter Klauseltypen	220
1. Unvererblichkeitsklausel	220
a) Festlegung des Endes eines Accounts im Zeitpunkt des Versterbens seines Inhabers	221

b) Regelungen zum Gedenkzustand nach dem Tod eines Accountinhabers	222
c) Einschränkung der Übertragbarkeit des digitalen Benutzerkontos auf Dritte	223
2. Inaktivitätsklausel	224
3. Rechteeinräumungsklausel	225
a) Beispiele für Rechteeinräumungsklauseln	225
b) Bestimmung des Klauselinhals	226
aa) Eigentum an digitalen Inhalten	227
bb) Einräumung von Nutzungsrechten an digitalen Inhalten	228
(1) Nutzergenerierte Inhalte als Bestandteile der digitalen Persönlichkeit	228
(2) Auslegung der Gestattungsarten	230
(3) Auswirkungen einer Rechteeinräumungsklausel nach dem Tod des Accountinhabers	233
c) Zwischenergebnis zum Klauseltyp der Rechteeinräumungsklausel	234
4. Nachlasskontaktklausel	234
II. Eröffnung des Anwendungsbereichs der AGB-Kontrolle	235
1. Anwendbarkeit deutscher Vorschriften als Prüfungsmaßstab	235
a) Einordnung des Nutzungsverhältnisses als Verbraucher- vertrag gemäß Art. 6 Rom I-VO	235
aa) Sachlicher Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	236
bb) Persönlicher Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	236
(1) Grundsätzliche Verbrauchereigenschaft der Platt- formnutzer	236
(2) Online-Plattformen mit beruflichem oder gewerb- lichem Zweck	237
(3) Beruflicher oder gewerblicher Nutzungszweck bei überwiegend privat genutzten Online-Plattformen	238
(a) Nutzung einer Online-Plattform als Influencer	238
(b) Nutzung einer Online-Plattform als prominente Person der Zeitgeschichte	243
cc) Situative Anwendungsvoraussetzungen des Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO	244
dd) Rechtswahl gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 1 Rom I-VO	246
b) Keine Beteiligung eines Verbrauchers am Nutzungsver- hältnis	247
2. Wirksame Einbeziehung der AGB des Providers	248
3. Keine überraschende Klausel gemäß § 305c Abs. 1 BGB	250
a) Unvererblichkeitsklausel	250
b) Inaktivitätsklausel	253

<i>Inhalt</i>	XIX
c) Rechteeinräumungsklausel	253
aa) Branchenüblichkeit der Rechteeinräumungsklausel eines Providers aus urheberrechtlicher Perspektive	254
(1) Notwendigkeit der Rechteeinräumung für die Erbringung der vertraglichen Leistung	254
(2) Überschreitung des notwendigen Umfangs der Rechteeinräumung	255
bb) Branchenüblichkeit der Einräumung von Nutzungsrechten an der Persönlichkeit eines Accountinhabers durch den Plattformvertrag	256
d) Nachlasskontaktklausel	257
III. Inhaltskontrolle	258
1. Unvererblichkeitsklausel	258
a) Kontrollfähigkeit gemäß § 307 Abs. 3 S. 1 BGB	258
b) Abweichung vom gesetzlichen Leitbild, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	260
aa) Grundsatz der Universalsukzession, § 1922 Abs. 1 BGB	260
bb) Grundsatz der postmortalen Privatautonomie	261
(1) Abweichung der Unvererblichkeitsklausel vom Grundsatz der postmortalen Privatautonomie	262
(2) Berechtigtes Abweichungsinteresse der Provider	263
(a) Verhinderung eines Datenfriedhofs	263
(b) Vermeidung von Zuordnungsverwirrung	265
(aa) Ausschluss der Vererblichkeit des vertraglichen Zugangsanspruchs	265
(bb) Ausschluss der Vererblichkeit der vermögenswerten Bestandteile der digitalen Persönlichkeit	266
(cc) Ausschluss der Vererblichkeit des vertraglichen Nutzungsanspruchs	266
(c) Zwischenergebnis zum berechtigten Abweichungsinteresse des Providers	267
c) Unzulässige Einschränkung von Kardinalpflichten, § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB	268
aa) Wesentliche Rechte des Accountinhabers	269
bb) Wesentliche Rechte der Erben	270
(1) Einbeziehung der Interessen der Erben in die Inhaltskontrolle	270
(2) Bestimmung der eingeschränkten vertraglichen Rechte	271
2. Inaktivitätsklausel	272
a) Abweichung vom gesetzlichen Leitbild, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	272

b) Unzulässige Einschränkung von Kardinalpflichten, § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB	273
3. Rechteeinräumungsklausel	274
a) Kontrollfähigkeit gemäß § 307 Abs. 3 S. 1 BGB	274
b) Abweichung vom gesetzlichen Leitbild, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	275
aa) Zweckübertragungsgrundsatz	276
(1) Herleitung des Zweckübertragungsgrundsatzes im persönlichkeitsrechtlichen Kontext	276
(2) Zweckübertragungsgrundsatz als gesetzliches Leitbild	277
(3) Maßgaben des Zweckübertragungsgrundsatzes im Hinblick auf Rechteeinräumungsklauseln	278
(a) Notwendigkeit der Rechteeinräumung für die Erbringung der vertraglichen Leistung	278
(b) Unbegrenzte Rechteeinräumung	279
bb) Grundsatz der postmortalen Privatautonomie	280
(1) Abweichung der Rechteeinräumungsklausel vom Grundsatz der postmortalen Privatautonomie	280
(2) Berechtigtes Abweichungsinteresse der Provider . .	281
4. Nachlasskontaktklausel	282
<i>D. Ergebnisse zu Kapitel § 4</i>	283
<i>§ 5 Rechtsvergleich mit den USA</i>	287
<i>A. Darstellung der US-amerikanischen Rechtslage</i>	287
I. Überblick über die Grundlagen des Erbrechts in den USA	288
1. Nachlassabwicklung und Erbschaftserwerb	288
2. Gestaltungsfreiheit des Erblassers innerhalb und außerhalb des probate Verfahrens	289
II. Stored Communications Act (SCA)	291
III. US-amerikanische Rechtslage zum digitalen Nachlass	292
1. Rechtsprechung	292
2. Entwicklung der Gesetzeslage	294
a) Gesetzgeberische Aktivität in einzelnen Bundesstaaten	294
aa) Regelungen zu den E-Mail-Postfächern Verstorbener	294
bb) Ausweitung der Regelungsgegenstände in den einzelstaatlichen Vorschriften	295
cc) Bundesstaatliche Vorschriften mit ungewöhnlichem Regelungsinhalt	297
dd) Bewertung der gesetzgeberischen Aktivität der Bundes- staaten	298
b) Uniform Fiduciary Access to Digital Assets Act (UFADAA)	299
aa) Rolle der Uniform Law Commission (ULC)	299
bb) Überblick über den Regelungsinhalt des UFADAA	300

cc) Rezeption des UFADAA	300
c) Revised Uniform Fiduciary Access to Digital Assets Act (RUFADAA)	302
aa) Section 2: Definitionen	303
bb) Section 4: Anweisungen des Nutzers zur Offenlegung seiner digital assets	304
cc) Section 5: Terms of Service	304
dd) Section 6: Verfahren zur Offenlegung von digital assets . .	305
ee) Section 7: Offenlegung der elektronischen Kommunikationsinhalte eines verstorbenen Nutzers . . .	305
ff) Section 8: Offenlegung anderer digital assets eines verstorbenen Nutzers	306
gg) Section 11 bis 13: Offenlegung von digital assets in einem trust	306
3. Offene Fragestellungen des digitalen Nachlasses und diesbezüglicher Diskussionsstand in der US-amerikanischen Fachliteratur	307
a) Vererblichkeit der Bestandteile des digitalen Nachlasses . .	307
aa) Begriff der property rights und deren Vererblichkeit . .	309
(1) Bündel der mit property einhergehenden Rechte . .	309
(2) Traditionelle Theorieansätze zur Begründung von property rights	310
(a) Arbeitstheorie	311
(b) Utilitarismus	311
(c) Persönlichkeitstheorie	312
(3) Vererblichkeit der Gegenstände im property des Erblassers	313
bb) Digital assets	313
(1) Definitionsansätze	314
(2) Vorzugswürdigkeit der Untersuchung einzelner digital assets	315
cc) Diskussion um die Einordnung von Accounts und digitalen Inhalten als property	316
(1) Property rights an E-Mails und Social-Media-Inhalten .	316
(a) Untersuchung der bestehenden Rechte an Accountinhalten	317
(b) Anwendung traditioneller Theorieansätze zur Begründung von property rights	318
(2) Property rights an E-Mail- und Social-Media-Accounts .	320
(a) Einordnung digitaler Benutzerkonten als property des Accountinhabers	320
(b) Ablehnung von property des Accountinhabers . .	322

(c) Einordnung eines digitalen Benutzerkontos als vertragliche Leistung	323
(3) Berücksichtigung eines abweichenden Willens des Erblassers	324
dd) Zwischenergebnis zur Vererblichkeit von Accounts und digitalen Inhalten	325
b) Wirksamkeit vertraglicher Dispositionen	326
aa) Konsequenzen des RUFADAA für die Zulässigkeit vertraglicher Dispositionen	326
bb) Wirksamkeitskontrolle von Unvererblichkeitsklauseln als TOS der Provider	327
(1) Keine Zustimmung des Vertragspartners	328
(2) Unzumutbarkeit	329
(a) Verfahrensrechtliche Unbilligkeit	329
(b) Materielle Unbilligkeit	331
(aa) Übermäßige Härte und Unangemessenheit	332
(bb) Keine vernünftige Rechtfertigung durch geschäftliche Realitäten	334
(cc) Rechtsfolge	337
B. Vergleichende Würdigung der US-amerikanischen und deutschen Rechtslage	337
I. Zugang zu den Accounts des Verstorbenen	337
1. Systematische und historische Einordnung der Entwicklung der Rechtslage	338
2. Stellungnahme zu den Regelungsinhalten der Rechtsordnungen .	339
a) Zugriffsberechtigte Personen und Umfang der Befugnisse .	340
b) Verfahren der Offenlegung	341
c) Bedeutung einer Willensbetätigung des Erblassers	343
3. US-amerikanische Impulse für die Rechtslage in Deutschland .	345
II. Postmortale Nutzung der Bestandteile im digitalen Nachlass	346
1. Strukturelle Unterschiede der Diskussion um Nutzungsbefugnisse der Erben	347
2. Vergleich der Diskussionsstände in den beiden Rechtsordnungen .	348
a) Rechtliche Anknüpfungspunkte	348
b) Beurteilung der Befugnis der Erben zur postmortalen Verwertung digitaler Inhalte	349
aa) Gegenüberstellung des Diskussionsstandes in den beiden Rechtsordnungen	349
bb) US-amerikanische Impulse für die Rechtslage in Deutschland	351
c) Beurteilung der Befugnis der Erben zur postmortalen Fortführung digitaler Benutzerkonten	353

aa) Gegenüberstellung des Diskussionsstandes in den beiden Rechtsordnungen	353
bb) Würdigung der unterschiedlichen Regelungsergebnisse	354
III. Vertragliche Dispositionsmöglichkeiten	355
1. Eingrenzung des Bereichs der vergleichenden Würdigung	356
2. Konsequenzen des RUFADAA für die Zulässigkeit vertraglicher Dispositionen	357
a) Offenlegungsanordnung eines Accountinhabers	357
b) Keine Offenlegungsanordnung des Accountinhabers	358
c) Würdigung der unterschiedlichen Regelungsansätze	359
3. Kriterien der AGB-Kontrolle	359
a) Wirksame Einbeziehung	360
b) Kein Überraschungsmoment	360
c) Inhaltliche Kontrolle	362
C. Ergebnisse zu Kapitel § 5	364
Gesamtergebnis	367
Literaturverzeichnis	371
Sachverzeichnis	399